

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 24. Juni 2009
– Drucksache 14/4703**

**Denkschrift 2009 zur Haushaltsrechnung 2007;
hier: Beitrag Nr. 3 – Landesschulden**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 24. Juni 2009 zu Beitrag Nr. 3
– Drucksache 14/4703 – Kenntnis zu nehmen.

15. 10. 2009

Die Berichterstatterin:

Ursula Lazarus

Der Vorsitzende:

Ingo Rust

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/4703 in seiner
52. Sitzung am 15. Oktober 2009.

Die Berichterstatterin legte dar, das Land habe im Jahr 2008 erstmals keine neuen Kredite mehr aufgenommen. Der Rechnungshof weise darauf hin, dass die Nettonullverschuldung durch die überdurchschnittlich gestiegenen Steuereinnahmen in den Jahren 2006 bis 2008 habe erreicht werden können. In diesem Zeitraum habe sich das Steueraufkommen gegenüber 2005 um rund 5,8 Milliarden € – dies entspreche einer Steigerung um 26 % – erhöht. Dadurch hätten noch rund 2,3 Milliarden € Sondervermögen und Rücklagen gebildet und zudem rund 2 Milliarden € Kassenüberschüsse erwirtschaftet werden können.

Die Schulden des Landes einschließlich der verlagerten Verpflichtungen hätten sich Ende des Jahres 2008 auf rund 44 Milliarden € belaufen. Durch die

hierfür anfallenden Ausgaben für den Schuldendienst sei der finanzielle Handlungsspielraum des Landes auch weiterhin stark eingeengt. Die Pro-Kopf-Verschuldung sei 2008 mit 3.878 € nach 3.881 € im Jahr 2007 nahezu unverändert geblieben.

Der Rechnungshof bewerte es positiv, dass die Landesregierung durch Rücklagen vorausschauend Vorsorge für den Einbruch der Steuereinnahmen in den nächsten Jahren infolge der jetzigen Wirtschaftskrise getroffen habe. Er fordere aber erneut eindringlich, die Haushaltssanierung durch nachhaltige strukturelle Einsparmaßnahmen von der Ausgabeseite her voranzutreiben, um insoweit das grundsätzliche Verschuldungsverbot sicherzustellen.

Sie schlug folgende Beschlussempfehlung an das Plenum vor:

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 24. Juni 2009 zu Beitrag Nummer 3, Drucksache 14/4703, Kenntnis zu nehmen.

Ein Abgeordneter der Grünen unterstrich, gerade angesichts der eindringlichen Forderung des Rechnungshofs, auf die die Berichterstatterin im letzten Satz ihres Beitrags verwiesen habe, sei ein Beschluss notwendig, der über eine Kenntnisnahme hinausgehe. Er schlug folgende Fassung vor:

Der Finanzausschuss fordert die Landesregierung auf,

bei der Vorlage des Haushaltsplanentwurfs 2010/11 und der mittelfristigen Finanzplanung entsprechend der Forderung des Rechnungshofs nachhaltige strukturelle Einsparungen vorzusehen, die über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung durchschnittlich 1 Milliarde € pro Jahr einsparen.

Diesen Beschlussvorschlag lehnte der Ausschuss bei zwei Jastimmen mehrheitlich ab. Hingegen stimmte er der von der Berichterstatterin angeregten Beschlussempfehlung bei zwei Gegenstimmen mehrheitlich zu.

11. 11. 2009

Ursula Lazarus